

16. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

13. März 1957

105/J

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. Z e c h m a n n, Dr. G r e d l e r und Genossen  
an den Bundesminister für Unterricht,  
betreffend Übernahme der Klagenfurter Handelsakademie in den Bundesbetrieb.

-.-.-

Die städtische Handelsakademie in Klagenfurt ist die meistfrequentierte Mittelschule in Kärnten und wird zum überwiegenden Teil von Schülern besucht, die außerhalb Klagenfurts ihren ordentlichen Wohnsitz haben. Da der Betrieb, die Errichtung und Erhaltung von mittleren Lehranstalten grundsätzlich in Gesetzgebung und Vollziehung Angelegenheit des Bundes ist, trägt der Bund bereits seit Jahren die Personallast dieser Schule, und die Landeshauptstadt kommt lediglich für den Sachaufwand von jährlich zirka 200.000 S auf. Der Bund legt den Städten ständig neue Lasten auf, ohne ihnen neue Einnahmsquellen zu erschließen. Diese Entwicklung hat auch die Stadt in eine finanziell schwere Lage gebracht, sodaß sie gezwungen ist, alle Ausgaben, die ihr nicht aus Pflichtaufgaben erwachsen, empfindlich einzuschränken. Aus diesem Grunde ist die Stadt mit Schreiben vom 6.2.1957 an das Unterrichtsministerium mit dem Ersuchen herangetreten, die Liegenschaft und den Betrieb der städtischen Handelsakademie und Handelsschule zu übernehmen und als Bundesanstalt weiterzuführen.

Die Stadtgemeinde Klagenfurt hat gegenüber dem Bundesministerium erklärt, im Falle der Übernahme der Schule sowohl das Schulgebäude als auch den Grund, der für einen allfälligen Zubau zur Schule ausreichen würde, dem Bund unentgeltlich zu überlassen.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an den Herrn Bundesminister für Unterricht die

A n f r a g e:

Ist der Herr Bundesminister bereit, die Handelsakademie in Klagenfurt samt Liegenschaft in den Betrieb des Bundes zu übernehmen?

-.-.-.-.-